

Machtwechsel in der Slowakei: Ergebnisse der Parlamentswahlen 1998

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1999). *Machtwechsel in der Slowakei: Ergebnisse der Parlamentswahlen 1998*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 10/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47856>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 10/1999

9. März 1999

Machtwechsel in der Slowakei

Ergebnisse der Parlamentswahlen 1998

Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen 1998 haben eine Umkehrung der bestehenden politischen Verhältnisse in der Slowakischen Republik bewirkt. Zwei die bisherige autoritäre Politik bestimmende Parteien wurden in die Opposition verwiesen, die dritte ist aus dem Parlament katapultiert worden. Vier demokratisch gesinnte Oppositionsparteien gewannen zusammen eine für Verfassungsänderungen notwendige Dreifünftelmehrheit. Seit dem 30. Oktober 1998 stellen sie eine "Links-Mitte-rechts"-Regierung unter dem Christdemokraten M. Dzurinda. Somit haben die Wahlen nicht nur einen Regierungs-, sondern einen Regimewechsel in der Slowakei eingeleitet.

Wahlen, Wahlrecht, (befürchtete) Wahlmanipulationen

Seit einem Jahr kündigten die Wahlprognosen eine reale Chance des Machtwechsels an, der Wahlausgang war jedoch offen. Schwindender Zuspruch veranlaßte die Regierung Mečiar, vier Monate vor der Wahl durch Änderung im Wahlrechtsgesetz zu versuchen, die Oppositionsparteien verfahrenstechnisch auszuspülen. Indem sie die Mindestanfordernisse für einzelne Parteien auch innerhalb von Wahlbündnissen auf 5% festgelegt hatte,¹ wonach diese jeglichen Sinn verloren, wollte sie die Einheit von zwei oppositionellen Wahlbocks zerschlagen. Die Opposition reagierte auf diesen Schlag mit Umwandlung der Bündnisse in Parteien. Gleichzeitig hinderte das Wahlrechtsänderungsgesetz vom 20. Mai 1998 private und lokale Rundfunk- und Fernsehstationen, an der Wahlkampagne teilzunehmen bzw. über sie nur zu berichten. Des Weiteren wurden Kompetenzen von der Zentralen Wahlkommission auf das Innenministerium verlagert, wonach die Kontrolle der Ergebnisse nicht mehr gesichert war. Die Opposition und katholische Bischöfe prangerten dieses Vorgehen als offene Bestrebungen zur Wahlmanipulation an. Auch Vertreter der EU, der USA und der OSZE übten scharfe Kritik, was zur Einladung an unabhängige internationale Wahlbeobachter führte.

Aufgrund der Erkenntnisse von 25 Langzeit- und 206 Kurzzeitwahlbeobachtern hat die OSZE den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen für demokratisch erklärt. Scharf kritisiert dagegen wurde die nicht gewährleistete Neutralität der Wahlkampagne im Fernsehen und Rundfunk. Vor allem die zwei Programme des staatlich gelenkten Fernsehens betrieben eine einseitige Propaganda zugunsten der Regierungsparteien (60% der politischen Ausstrahlungszeit, davon 40% über Mečiar) und führten ei-

¹ Mit Wahlkoalitionen, für die insgesamt eine 7%-Grenze galt, konnten kleinere Parteien die 5%-Hürde bisher umgehen.

ne polemische Kampagne gegen die Oppositionsparteien,² womit sie die internationalen Standards von öffentlich-rechtlichen Sendern verletzen.

In der von äußerstem Mißtrauen und wechselseitigen Beschuldigungen geprägten Atmosphäre bis zum letzten Tag vor der Wahl verdächtigten sich die Regierung und Opposition gegenseitig, die Ergebnisse der Wahl zu manipulieren oder Zwischenfälle herbeiführen zu wollen, die später der Anfechtung des Resultats dienen könnten. Die Opposition befürchtete, daß das Regierungslager während der Wahltag eine "Medienbombe"³ wie etwa einen inszenierten Anschlag auf Mečiar "zünden" könnte, um Stimmung für die HZDS (= stärkste Regierungspartei *Bewegung für eine demokratische Slowakei*) zu machen. Zweifel am demokratischen Verlauf der Wahlen waren unter den regierungskritischen Bürgern, vor allem den Ungarn im Land, sehr groß. Aus diesem Grund wurden einheimische Aktivitäten des sog. *Dritten Sektors* ins Leben gerufen: Unabhängige slowakische Institutionen haben ein Manual für Wahlkommissionen geschrieben und in Zusammenarbeit mit anderen Bürgerorganisationen im ganzen Land Schulungen von Distriktwahlkommissionen und einheimischen Wahlbeobachtern (1746 Freiwilligen) organisiert, welche unter dem Projekt "Občanské oko '98" (Bürgerauge) stattfand. Den einheimischen Beobachtern wurde die Akkreditierung von der Regierungsstelle jedoch untersagt. Mit Hilfe oppositioneller Kommissionsmitglieder fand gleichzeitig eine parallele Stimmenauszählung statt. Die Ängste gingen sogar so weit, daß in einigen Gemeinden die Wahlkommission die ganze Nacht zwischen dem ersten und zweiten Wahltag im Wahllokal verbrachte oder Aktivisten vor der Tür wachten, um auf die Wahlurnen aufzupassen.

Wahlergebnisse und Parteien

Die historisch zweiten Parlamentswahlen in der Slowakischen Republik (SR) am 25.-26. September 1998 brachten einen bedeutenden Machtwechsel, der offensichtlich über einen neuen Charakter und eine veränderte Ausrichtung des Landes entschied. Die bisherige Regierung, bestehend aus V. Mečiar's HZDS, die seit Mitte 1992 an der Macht war, der Nationalpartei und der Arbeiterallianz, hat eine Niederlage erlitten.

Obwohl 17 politische Parteien mit unterschiedlichen Programmen und Visionen zur Wahl zugelassen waren, handelte es sich bei den diesjährigen Parlamentswahlen eher um ein Referendum mit einer einzigen Frage: "Sind sie für oder gegen Mečiar?" Welche Bedeutung die Slowaken der Antwort beimessen, kam in der Rekord-Wahlbeteiligung von 84,24% zum Ausdruck (1994: 75,65%).⁴ Gegner der Regierung ließen dem Urnengang eine ähnliche Schlüsselbedeutung zukommen wie bei den ersten freien Wahlen 1989, als es um den Sturz der alleinherrschenden KP ging. Sie sprachen von der letzten Chance, die Demokratie in der Slowakei zu retten und die Politik, die das Land im Innern zutiefst polarisierte und außenpolitisch isolierte, zu revidieren. In diesem Sinne hatten auch die Parteien der Opposition seit längerem agiert, und es ist ihnen gelungen, fast 60% der Wähler davon zu überzeugen.

V. Mečiar's populistisch-autoritäre HZDS gewann mit 27% der Stimmen und 43 Mandaten im (150 Sitze zählenden) Slowakischen Nationalrat erneut die Wahlen, wenn auch mit dem hauchdünnen Vorsprung von ein paar Tausend Stimmen (0,66 Prozentpunkte) vor ihren Herausforderern. Trotz Einbußen von 8% und 18 Mandaten gegenüber 1994 bleibt sie mit der knappen Mehrheit eines Sitzes die stärkste Fraktion im Parlament. Außer den hohen Verlusten der HZDS trug zur Niederlage der Regierungskoalition wesentlich das Faktum bei, daß die zum Kabinett gehörende linksextreme, reformfeindliche *Vereinigung der Arbeiter der Slowakei (ZRS)* ihre 1994 erzielten 13 Mandate einbüßte, indem sie mit den 1,3% Stimmen unter die 5%-Schwelle fiel.⁵

² Die OSZE ließ Wahlkampfberichterstattung in 3 Fernseh-, 2 Rundfunksendern und 5 Zeitungen untersuchen. Vgl. Assessment on Slovak Media for the whole period of the election campaign 26.7.-23.8.1998 by Osservatorio di Pavia, Italy.

³ Das geschah bei den Wahlen 1994, als das Fernsehen am ersten Wahltag über Komplikationen bei Mečiar's Stimmabgabe (er war in der Wahlliste seines Lokals nicht eingetragen) emotional berichtete, was der HZDS einige Prozente mehr bescherte.

⁴ *Národná obroda*, 28.9.1989, S. 1-2.

⁵ Die HZDS führte den mit Abstand aufwendigsten und professionellsten Wahlkampf, zu dessen Höhepunkt ausländische Stars wie C. Chiffier, C. Cardinale und G. Depardieu gehören sollten. Mit mehrfach wechselnden, gut gestalteten Wahlpla-

Dicht hinter der HZDS behauptete sich das stärkste Subjekt der Opposition, die *Slowakische demokratische Koalition (SDK)* unter ihrem Vorsitzenden M. Dzurinda, mit 26,3% und 42 Mandaten. Die SDK entstand im Juli 1997 als ein lockeres Bündnis von *fünf* politisch unterschiedlichen Parteien. Zuerst war es ein Zusammenschluß von dreien als "Blaue Koalition" (Oktober 1996), um die Zersplitterung der Opposition zu überwinden: die stärkste und stabilste (seit 1990 im Parlament) konservative *Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)* des Ex-Premiers J. Ľanogurský, die zentristische *Demokratische Union (DU)* des Ex-Premiers J. Moravčík (eine Abspaltung der HZDS) und die bürgerlich-konservative *Demokratische Partei (DS)* von J. Langoš. Der scharfe politische Kampf um das im Endergebnis vereitelte Referendum über direkte Präsidentenwahl und NATO-Beitritt beschleunigte den Einigungsprozeß der Opposition. Der "Blauen Koalition" schlossen sich zwei kleine linke Parteien an, die bei den Pro-Referendum-Aktivitäten zusammenarbeiteten: die *Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS)* und die *Partei der Grünen (SZ)*. Nach der Wahlgesetzänderung waren diese fünf gezwungen, sich in eine Partei umzuwandeln.⁶

Als drittstärkste politische Kraft zog die *Partei der demokratischen Linken (SDL')* unter J. Migaš mit 14,6% und 23 Mandaten ins Parlament ein. Sie ging 1991 aus einer der Nachfolgeparteien der slowakischen KP hervor. Inzwischen ist sie Mitglied der Sozialistischen Internationale und lehnt sich in ihrem Programm an die westeuropäische Sozialdemokratie an. Obwohl die SDL' allein in diese Wahlen ging, konnte sie ihre Position um fünf Sitze gegenüber 1994 stärken – vermutlich aufgrund des Images, sehr sachkompetente Leute in ihren Reihen zu haben. Sie wird für die eigentliche Wahlsiegerin gehalten, weil ohne ihre Teilnahme praktisch keine stabile Regierung gebildet werden konnte.⁷

Auf Rang vier folgte die *Partei der Ungarischen Koalition (SMK)* unter B. Bugár mit 9,12% und 15 Mandaten, in der drei Parteien der numerisch größten Minderheit, der magyarischen, nach heftiger Koalitionsauseinandersetzung im Juni 1998 zur Fusion gezwungen waren. Die SMK besteht aus der gemäßigten, seit 1992 parlamentarischen *Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (MKDH)* von B. Bugár, aus der rechten *Ungarischen Bürgerpartei (MOS)* von L. Nagy und aus dem mit radikaler nationaler Rhetorik auftretendem *Zusammenleben (ESWS)* unter M. Duray. Die nationalistische Regierungspolitik trug bereits 1994 zur Bildung des Wahlbündnisses MK bei.⁸

Fast verdoppeln konnte ihr Ergebnis von 1994 die radikal-nationalistische *Slowakische nationale Partei (SNS)*, die 9,07% und 14 Mandate erzielte. Seit ihrer Neugründung 1990, nachdem sie ihr Ziel – den selbständigen Staat – erreicht hatte, konzentrierte sie sich auf die Rehabilitation des faschistischen Slowakischen Staates (1939-1944), die Durchsetzung des Slowakischen als Amts- und Unterrichtssprache und die Stärkung des Patriotismus in neuen Schulbüchern. Des weiteren wird die

katen wie "Das Land deines Herzens", wo sich ein lächelnder Mečiar vor dem Hintergrund des majestätischen Kriván-Gipfels der Hohen Tatra, der als Symbol des Slawentums seit Jahrhunderten besungen wird, präsentierte. Auch nach sechs Jahren Regierungsarbeit entzieht sich die HZDS einer Einordnung in ein Rechts-links-Schema. Einige ihrer Kundgebungen waren regelrechte Materialschlachten mit Kalendern, T-Shirts, Salami oder Kaffepäckchen. Details zum Wahlkampf entstammen dem unveröffentlichten Bericht des Langzeitwahlbeobachters J.P. Abraham.

⁶ Da die SDK flächendeckend präsent ist, konzentrierte sie sich inhaltlich im Wahlkampf lediglich auf Auflistung der Mißstände der Ära Mečiar und Appelle zu seiner Abwahl. In ihren Wahlkampfpotts "Die magische 8" erinnerte die SDK an die Aufbruchstimmung und Schlüsselbedeutung der Jahre 1968 und 1989. Ihre Wählerschaft, altersmäßig stark gemischt mit vielen Erstwählern, läßt sich mit politischer Mitte charakterisieren, so begrenzt dieser Begriff auf die politische Landschaft der Slowakei ansonsten auch anwendbar ist.

⁷ Die SDL' trat unter dem Slogan "Besser leben" auf und versprach ebenso wie die SDK Senkung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Reallöhne und Verhinderung des Kollaps des Gesundheitswesens. Vgl. G. Meseznikov (Hg.). Vol'by 1998. Analýza volebných programov politických strán a hnutí, Bratislava 1998.

⁸ Die SMK wandte sich primär an die im Süden der Slowakei ansässige magyarische Minderheit, welche 10,8% der Bevölkerung ausmacht. In der Region Nitra um Komárno erzielte sie rund 65%, was u.a. auf das disziplinierte Wahlverhalten der Volksgruppe zurückzuführen ist. Zentraler Themenbereich neben der Garantierung der Minderheitenrechte im Geiste entsprechender internationaler Vereinbarungen sind Bildungs-, Sprachen- und Kulturpolitik sowie Förderung ihrer Regionen.

SNS durch ihre konsequente antimagyarische Haltung und antieuropäische Orientierung charakterisiert.⁹

Erstmals zur Wahl ist die erst im April 1998 neu gegründete *Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP)* angetreten, unter dem karpatendeutschen Bürgermeister der westslowakischen Stadt Košice, R. Schuster, und dem Ex-Außenminister P. Hamzík. Als sechste Kraft gelangte sie mit 8% und 13 Mandaten ins Parlament. Ihr Name ist programmatisch – sie ist für ein "konfliktfreies Zusammenleben der Slowaken mit den Minderheiten" und will die "künstlich herbeigeführte Polarisierung in der Gesellschaft" auflösen.¹⁰

Die nachfolgende Tabelle zeigt Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Nationalrat (NR) der SR, zum Vergleich die Ergebnisse von 1994 und 1992. Die Angaben von 1992 beziehen sich auf den Slowakischen Nationalrat (SNR) der damals noch bestehenden *Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ĀSFR)*:

Parteien ¹¹	Wahlen 1998 zur NR SR		Wahlen 1994 zur NR SR		Wahlen 1992 zur SNR der ĀSFR	
	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
1. HZDS	27,00	43	34,96	61	37,26	74
2. SDK	26,33	42	--	0	--	--
3. SDL'	14,66	23	10,41	18	14,7	29
4. SMK	9,12	15	10,18	17	7,42	14
5. SNS	9,07	14	5,4	9	7,93	15
6. SOP	8,01	13	--	--	--	--
KDH	--	--	10,08	17	8,88	18
DU	--	--	8,57	15	--	--
ZRS	1,30	0	7,34	13	--	--

Quelle: Národná obroda, 28.9.1998, S. 3.

Regierungsbildung

Das Seltsame der Lage nach den Wahlen bestand darin, daß der erste Auftrag zur Regierungsbildung an den "Verlierer" HZDS gehen sollte. Die vier siegreichen Oppositionsparteien: SDK, SDL', SMK und SOP, die zusammen 93 Abgeordnete stellen, also eine Dreifünftelmehrheit im Parlament, trafen sich direkt nach den Wahlen am Runden Tisch und unterzeichneten ein vorläufiges Koalitionsabkommen. Die in der Presse angezweifelte Koalitionsentscheidung der SDL' hatte die Anfangsgespräche der Opposition erheblich erleichtert.¹² Danach mußten die HZDS und SNS ihre Hoffnung, die SDL' oder die SOP als potentielle Koalitionspartner doch für sich zu gewinnen, begraben.

Vier Tage nach der Wahl meldete sich Ministerpräsident V. Mečiar zum ersten Mal zu Wort und kündigte in einem sehr emotionsgeladenen abendlichen Fernsehinterview gekränkt die Absicht an,

⁹ Der demagogische Unterton auf den Wahlveranstaltungen und auf den Plakaten: "Unsere Heimat – ohne Parasiten!" war sehr deutlich gegen die Ungarn und Roma gerichtet. Ihre Hochburg ist der Nordwesten der Slowakei, wo sie an die 25% erreichten.

¹⁰ Mit ihrer resoluten Ablehnung der HZDS und programmatischen Gemeinsamkeiten in bezug auf die Westintegration stärkte die SOP im Wahlkampf den Anti-Mečiar-Block.

¹¹ Bei den Wahlen 1994 schloß sich die HZDS mit der kleinen Bauernpartei (RS) zusammen; die SDL' trat in einer Vierer-Wahlkoalition "Gemeinsame Wahl" (SV) mit den Sozialdemokraten (SDSS), den Grünen (SZ) und der Bewegung der Landwirte (HP SR) auf. 1992 kandidierten die drei magyarischen Parteien getrennt; ins Parlament gelangte nur die MKDH. 1998 kandidierten die KDH und DU als Bestandteil der SDK. Vgl. E. Schneider, Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Slowakei, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 62, 1994.

¹² Somit ist die SDL' über ihren Schatten gesprungen, denn eine Zusammenarbeit mit den ideologisch antagonistischen Christdemokraten stellt für sie ein erhebliches Risiko dar, auch wenn diese im Tarnanzug der SDK stecken und ihr Leader Dzurinda für die Linken akzeptabler ist als der konservativ-klerikale KDH-Vorsitzende Čarnogurský.

sein Amt niederzulegen und den Regierungsbildungsauftrag nicht anzunehmen. Obwohl mit den meisten Stimmen gewählt, lehnte Mečiar es sogar ab, sein Parlamentsmandat anzutreten. Deshalb wurde mit der Regierungsbildung J. Šmerek (Mitglied der Konzernleitung der ostslowakischen Stahlwerke) beauftragt, trotz fehlender mehrheitsbeschaffender dritter Fraktion. Obwohl nicht die geringste Aussicht auf Erfolg bestand, berief er die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments für den letztmöglichen Termin, den 29. Oktober, ein. Die Presse war der Meinung, daß es der führungslosen HZDS vor allem darum ging, den unvermeidlichen Abschied von der Macht so lange wie möglich hinauszuzögern, um alle Archive von kompromittierenden Akten säubern zu können.¹³

Inzwischen führten die vier Oppositionsparteien intensive Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag und das Regierungsprogramm. Nach der ersten Runde ließ die Demokratische Linke verlauten, daß sie die neue Regierung ohne die SMK gebildet sehen möchte: "Eine Allianz mit den Magyaren schafft mehr Probleme, als daß sie sie löst."¹⁴ In der Presse wurde dagegen vermutet, daß es der SDL' vielmehr um die Erweiterung ihres Einflusses ging. Er wäre in einer Dreierallianz größer als in einem Viererbündnis mit der SMK, die dazu noch das Mitte-rechts-Lager innerhalb der SDK politisch stärkt. Auf Druck der SDK und SOP mußte die SDL' schließlich die Zurückweisung des Ungarnblocks relativieren. Obwohl sie sich bewußt sind, daß die Einbeziehung der Magyaren die Angriffsfläche für die aus den Wahlen gestärkt hervorgegangenen nationalistischen Kräfte vergrößert. Zudem würde eine Koalition nur aus SDK-SDL'-SOP zwar die knappe Mehrheit von 78 Mandaten im Parlament besitzen, jedoch ohne die 15 Abgeordneten der SMK nicht über jenes für Verfassungsänderungen notwendige Quorum verfügen, das zahlreiche Gesetzesänderungen der Mečiar-Ära rückgängig zu machen ermöglicht.

Dzurindas Regierung – Koalition der Koalitionen

Die Wahlen hatten, wie es J. Rupnik ausdrückte, eine "Koalition von Koalitionen" an die Regierung gebracht. Durch die SDL' und SOP wird ein Übergewicht linker Orientierung vermutet, die SDK und SMK vertreten eher konservative Standpunkte. Vier Wochen später, am 30. Oktober 1998, konnte die aus 19 Mitgliedern bestehende neue slowakische Regierung vereidigt werden, da sich das Viererbündnis schon im Vorfeld auf ein gemeinsames Regierungsprogramm und die Verteilung der Ministerposten geeinigt hatte. Erst einen Tag zuvor wurde der christdemokratische Vorsitzende der SDK, Mikuláš Dzurinda, von I. Migas (SDL'), dem neuen Parlamentspräsidenten, offiziell mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem Mečiar's Kabinett zurücktrat. Im neuen Kabinett übernahmen die SDK 8, die SDL' 6, die SMK 3 und die SOP 2 Ressorts.¹⁵

Der neue Ministerpräsident kündigte die Eckpfeiler des Regierungsprogramms an: Wiederaufbau einer glaubwürdigen Demokratie, Sanierung der Wirtschaft und Ausweg aus der von der Regierung Mečiar verschuldeten internationalen Isolation. Die Slowakei strebe die Aufnahme in die erste Erweiterungsrunde der EU und die Mitgliedschaft in der NATO an. Sie war das einzige beitrittswillige Reformland des ehemaligen Ostblocks, dem beide westlichen Bündnisse aus politischen Gründen offizielle Aufnahmeverhandlungen verweigert hatten. Weil sich die beanstandeten Mängel, etwa die Politisierung der staatlichen Medien und das Fehlen eines Minderheitensprachgesetzes, viel schneller beheben lassen als wirtschaftliche Unzulänglichkeiten, hofft Dzurinda, daß die Slowakei spätestens im Sommer 1999 zu Aufnahmeverhandlungen eingeladen wird. Der erste Schritt der neuen Regierung gilt der Lösung der seit März 1998 schwellenden Verfassungskrise, weil das Präsidentenamt wegen der gegenseitigen Blockade im alten Natio-

¹³ Sme, 30.9.1998, S. 1; Národná obroda, 10.10.1998, S. 1.

¹⁴ J. Migas begründete ihre Haltung mit früheren Forderungen der Magyaren nach Überprüfung der Nachkriegs-Benes-Dekrete (in denen den Magyaren eine Kollektivschuld zugeschrieben wurde), Ablehnung des umstrittenen Donaukraftwerks Gabčíkovo (welches sie als Versuch werteten, ihr Siedlungsgebiet zu zerschneiden), entsprechender Minderheitenpolitik und schließlich Durchleuchtung der Vergangenheit von Politikern, die der postkommunistischen SDL' mißfällt. Bugár von der SMK wehrte sich, daß seine Partei die ersten zwei Punkte nicht zum Gegenstand der Koalitionsgespräche gemacht habe und beim letzten lediglich darauf bestehe, daß die Regierungsmitglieder eine weiße Weste haben. Národná obroda, 3.10.1998, S. 1 u.2; 7.10.1989, S. 2.; 12.10.1989, S. 2.

¹⁵ Sme, 30.11.1998, S. 1-2.

nalrat seit dem Ausscheiden von Michal Kováč unbesetzt blieb. Um eine neue Krise zu verhindern, soll die Verfassung so geändert werden, daß das Staatsoberhaupt künftig vom Volk direkt gewählt werden kann, was mehrheitlich dem Wunsch der Slowaken entsprechen sollte. Die Koalitionäre haben sich auf den Vorsitzenden der SOP, R. Schuster, als Kandidaten geeinigt.

Fazit

Das Wahlergebnis zeigt den Willen der Slowaken, an der Demokratie festzuhalten, und spiegelt den Wunsch, den Weg ins demokratische Europa fortzusetzen, von dessen politischer Kultur sich das Land unter Mečiar's Regierung immer weiter entfernt hatte. Da im Hauptquartier der NATO beschlossen wurde, daß ihre erste Erweiterungsrunde nicht mehr vergrößert wird, steht die Frage offen, wann bzw. ob es überhaupt eine zweite Eingliederung geben wird.

Innenpolitisch steht die neue Regierungskoalition vor einer Zerreißprobe. Diese in erster Linie als Anti-Mečiar-Front entstandene Viererallianz besteht eigentlich aus 10 Parteien. Da die Regierung aus einer Kombination von unterschiedlichen Richtungen, ja politischen Gegensätzen gebildet wurde, wird es sehr schwer sein, in Sachfragen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die Gefahr, daß sie angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage dabei zerbricht, ist sehr groß, und es droht dauerhafte Instabilität. Die Verständigung wird noch zusätzlich durch die innere Vielfalt der SDK und SMK erschwert. Bereits der Einigungsprozeß innerhalb der Opposition zur SDK, deren Zerrissenheit eben die Stärke ihres Gegners war, stellte für sich einen Akt selbstaufgelegter politischer Disziplin dar. Deshalb geht es gleichzeitig um die Belastbarkeit der führenden SDK, in der sich die Christdemokraten keinesfalls "auflösen" lassen. Gegenwärtig wird vermutet, daß die künstlich entstandene Partei wieder in ihre Glieder zerfällt. Das zweite Problem der künftigen politischen Entwicklung ist das Fehlen einer demokratischen Opposition. Es ist sehr schwer einzuschätzen, wie sich die oppositionellen Parlamentarier verhalten werden. Aber auch die Regierungspolitiker müssen einen Lernprozeß durchmachen, damit sie von ihren konfrontativen und emotionell negativen Haltungen Abstand gewinnen. Es wird damit gerechnet, daß die Rolle der Opposition einerseits die Medien und andererseits die Parteien des Regierungsbündnisses übernehmen.

Als erstes positives Zeichen auf dem Weg zur Stärkung der Demokratie ist die Beteiligung der Ungarischen Koalition an der Regierung zu nennen, die ein Signal ins Ausland sein sollte, daß die unter Mečiar in Verruf geratene Minderheitenpolitik künftig kein Problem darstellen wird. Wünschenswert wäre, daß auch die Parlamentarier diese Notwendigkeit einsehen und sich in der Öffentlichkeit kooperativ verhalten. Davon hängt wesentlich ab, ob es zur Beruhigung der allgemeinen Lage und der nationalistischen Stimmungen kommt. Bei der Besetzung parlamentarischer Ausschußsitze war die Frage offen, ob die Regierungsparteien bereit sein werden, ihre Gegner zu beteiligen, damit sich die undemokratischen Verhältnisse nicht wiederholen – was sie dann auch taten. Sie sind sich dessen bewußt, daß ihr Vorgehen von der EU beobachtet wird und daß nur dies allein über die Beitrittseinladung entscheiden wird. Sie verdienen einen Vertrauensvorschuß.

Eleonora Schneider

Die Autorin war als Wahlbeobachterin der OSZE bei den Parlamentswahlen vor Ort.

Redaktion: Wolf Oschlies

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071